



Die Ministerin

Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

19. September 2022

Seite 1 von 49

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Dr. Robin Korte, MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Aktenzeichen

Telefon 0211 61772-0

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 21. September 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anbei übersende ich Ihnen eine Zusammenstellung zu den für diese Legislaturperiode geplanten Vorhaben des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie Anmerkungen zur aktuellen Lage, die ich im Rahmen der „**Einführung in die Wirtschafts-, Industrie-, Klimaschutz- und Energiepolitik der 18. Wahlperiode**“ unter **TOP 2** der Sitzung des AWIKE am 21. September 2022 vorstellen möchte. Ich werde im Ausschuss frei vortragen und auf ausgewählte Punkte eingehen.

Mit freundlichen Grüßen

Mona Neubaur MdL

Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0
poststelle@mwike.nrw.de
www.wirtschaft.nrw

Perspektive(n) für die Transformation

Einführung in die Wirtschafts-, Industrie-, Klimaschutz- und Energiepolitik der 18. Wahlperiode

1. Aktuelle Lage

Energieversorgung

Die angespannte Energieversorgungslage stellt die größte akute Herausforderung dar, die das Tagesgeschehen momentan dominiert. Die reduzierten Gaslieferungen aus Russland und die dadurch begründete Gefahr einer Gasmangellage bedrohen nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Stabilität im Land.

Am 23. Juni 2022 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz die zweite von drei Stufen des Notfallplan Gas ausgerufen, die sogenannte „Alarmstufe“. Aktuell ist der Markt noch in der Lage, diese Störung und Nachfrage zu bewältigen.

Deutschland hat es zudem vermocht, die heimischen Gasspeicher weiter aufzufüllen: zu rund 86 Prozent Anfang September. Damit wurde bereits das erste Etappenziel von 75 Prozent bis Anfang September übertroffen. Gleichzeitig ist das leider kein Zeichen zur Entwarnung. Der Gas- und Energieverbrauch muss insgesamt deutlich reduziert werden. Seit dem 9. August 2022 gilt auch der europäische Gasnotfall-Plan. Alle EU-Staaten sollen mindestens 15 Prozent einsparen (bis März 45 Mrd. m³ Gas).

Notwendig dafür sind massive Einsparungen, kurzfristige Ersatzlösungen und langfristige Maßnahmen zur Stärkung der Energieunabhängigkeit. Dazu gehören:

- die kurzfristige – und mit Blick auf den Klimaschutz sehr schmerzhafte – Substitution von Gas-Kraftwerken in der Elektrizitätserzeugung, z.B. durch Kohlekraftwerke, die in der Reserve stehen und zeitweise wieder an das Netz gehen können.
- der Brennstoffwechsel von Gas zu anderen Brennstoffen in allen Energieerzeugungsanlagen, wo dies kurzfristig möglich ist.
- Energieeinsparungen im Bereich der privaten Haushalte und im Handel beispielsweise durch Senken der Heiztemperatur und
- Energieeinsparungen im Industriesektor, die ebenfalls dringend notwendig sind.

Diese Maßnahmen, um die Versorgungssicherheit auch weiterhin gewährleisten zu können, wirken bereits: In der ersten Jahreshälfte konnten mehr als 15 Prozent Gas im Vergleich zum Vorjahr eingespart werden. Es gilt, diese Anstrengungen verstärkt fortzuführen, zumal die Lage unsicher bleibt.

Auch im Bereich der Stromversorgung kommt es – vornehmlich bedingt durch kumulierte Besonderheiten im europäischen Verbundnetz – zu Unsicherheiten. Kürzlich haben die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber bekanntermaßen die Ergebnisse des zweiten Stresstests vorgelegt. Im Vergleich zum ersten Stresstest wurden deutlich schärfere Annahmen zu Grunde gelegt und verschiedene Szenarien untersucht – insbesondere mit Blick auf das europäische Gesamtsystem, das auch für das Stromexportland Deutschland Auswirkungen hat.

Der zweite Stresstest zeigt im Ergebnis: Eine stundenweise krisenhafte Situation im Stromsystem im Winter 2022/2023 ist zwar sehr unwahrscheinlich, kann aktuell aber nicht vollständig ausgeschlossen werden. Die im Stresstest empfohlenen Maßnahmen sind zum Teil bereits umgesetzt oder in Umsetzung, z.B. die Nutzung von Kraftwerksreserven und

die Marktrückkehr von Kohlekraftwerken. Weitere Maßnahmen werden derzeit auf Bundesebene vorbereitet.

Als Landesregierung stehen wir nicht nur mit den relevanten Akteuren auf Bundesebene im engen Austausch, sondern arbeiten über das Krisenteam Gas NRW und die Arbeitsgruppe „Gaseinsparpotenziale NRW“ gemeinsam mit Branchenverbänden daran, Hemmnisse zur Gaseinsparung zu identifizieren und die richtigen Maßnahmen für Nordrhein-Westfalen abzuleiten.

Beim Energiesparen setzen wir auch im eigenen Haus Maßnahmen um. Hierzu gehört die Anpassung der Temperatursteuerung sowie das Abschalten des Warmwassers an den Handwaschbecken, der Hälfte der Kühlschränke und der nicht notwendigen Beleuchtung am Gebäude. Daneben prüfen wir weitere Energieeinsparungen durch die Kombination von Mobiler Arbeit und reduzierter Flächenauslastung. Zudem sammeln wir Ideen aus der Belegschaft und bereiten uns auf weitere Maßnahmen für den Winter vor.

Wir bringen uns auch mit Vorschlägen für die vom Bund geplanten und bereits umgesetzten Maßnahmen zur Stabilisierung und Entlastung ein – das betrifft die Gasbeschaffungsumlage, bei der wir auch Bedarf für Anpassungen in der Umsetzung sehen, und das betrifft Entlastungen für Unternehmen und für Bürgerinnen und Bürger.

Konjunkturelle Entwicklung

Die hohen Energiepreise setzen die deutsche Wirtschaft enorm unter Druck. Der hohe Energiepreis bremst die Industrieproduktion bereits heute. Hinzu kommt, dass die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie mit Materialmangel und Lieferengpässen noch nicht ausgestan-

den sind. Es verwundert daher nicht, dass die Stimmung in der deutschen und der nordrhein-westfälischen Wirtschaft derzeit schlecht ist – sie hat sich nach der aktuellen ifo-Umfrage den dritten Monat in Folge eingetrübt.

Auch die Haushalte spüren die Auswirkungen der steigenden Energiepreise nun massiv: Im August ist die Inflation weiter auf knapp acht Prozent gestiegen. Für den September und die Folgemonate ist ein Anstieg der Verbraucherpreise auf über 8 Prozent zu befürchten.

Die Belastungen von Wirtschaft sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern lassen eine Rezession im Winterhalbjahr zunehmend wahrscheinlich werden.

Der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen entwickelt sich nach wie vor robust: Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote liegt aktuell bei 6,9 Prozent. Der leichte Anstieg seit Juni lässt sich mit der höheren Zuwanderung aus der Ukraine in Folge des russischen Angriffskriegs erklären. Die Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen liegt weiterhin auf Rekordniveau (7,3 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte).

Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft

Hilfe für stark betroffene Haushalte und Unternehmen bringen die drei Entlastungspakete der Bundesregierung, die ein Gesamtvolumen von 95 Milliarden Euro haben. Besonders mit den Maßnahmen des dritten Entlastungspakets ist es gelungen, die soziale Härte der Energiekrise für stark belastete Haushalte und Unternehmen deutlich abzufedern.

Für die Unternehmen ist nun eine zeitnahe Konkretisierung der Hilfsmaßnahmen angezeigt. Dies wird den Unternehmen die nötige Sicherheit geben, die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt schützen und es Unternehmen ermöglichen, weiterhin zu investieren.

Grundsätzlich ist positiv:

- Die bestehenden Programme wie das Energiekostendämpfungsprogramm werden fortgesetzt und ausgeweitet.
- Die vorgesehene Unterstützung bei Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen hilft, unabhängig von russischem Gas zu werden.
- Mit dem Margining-Finanzierungsinstrument kann die Liquidität von Unternehmen sichergestellt werden.

Gerade in Nordrhein-Westfalen befinden sich viele energieintensive Unternehmen, die von diesen Maßnahmen profitieren. Genaue Umsetzungsfragen sind noch zu klären. Wir begrüßen auch, dass weitere Entlastungsmaßnahmen geprüft werden, gerade für den Mittelstand.

Als Landesregierung werden wir uns gegenüber dem Bund weiterhin dafür einsetzen, besondere Härten für die Wirtschaft, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger abzumildern.

2. Energiewende

Die Lage bei der Energieversorgung macht die Bedeutung und die drängende Relevanz der Energiewende deutlich. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien ist aus Gründen des Klimaschutzes zwingend. Wir erleben nun aber auch, dass es eine Frage der Souveränität ist und auch eine der wirtschaftlichen Spielräume. Anders gesagt: Die Energiewende

ist klimapolitisch zwingend, sie ist sicherheitspolitisch relevant und sie ist ökonomisch klug.

Wir haben uns dazu verpflichtet, den Ausstoß von CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 um 65 Prozent und bis 2040 um minus 88 Prozent zu senken, sodass wir bis 2045 klimaneutral wirtschaften. Diese Ziele sind Richtschnur unseres Handelns. Weiterhin Gültigkeit hat auch das Ziel des Ausstiegs aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2030.

Vor den Sommerferien wurden seitens der Bundesregierung ambitionierte Gesetzespakete verabschiedet. Oster- und Sommerpaket der Bundesregierung benennen zahlreiche ambitionierte Maßnahmen zum Gelingen der Energiewende, des Ausbaus Erneuerbarer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz. 80 Prozent unseres Stroms sollen bis 2030 aus Erneuerbaren kommen.

Ein bedeutendes Signal des Osterpakets ist die Klarstellung, dass der Ausbau Erneuerbarer Energien im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegt und der „öffentlichen Sicherheit“ dient. Damit ist eine wichtige Grundlage geschaffen, dem Ausbau der Erneuerbaren in der Abwägung mit anderen wichtigen Belangen den angemessenen Stellenwert zu verleihen, der zur Erreichung von Versorgungssicherheit und Energiesouveränität notwendig ist.

Gerade das Energie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen braucht grüne Energie – in substanziellem Umfang und schnell. Entscheidend dafür sind Flächen vor allem für Wind-, aber auch für Solarenergie. Bereits in diesem Monat haben wir im Kabinett Eckpunkte für eine Änderung des Landesentwicklungsplans zum Ausbau der Erneuerbaren Energien beschlossen. Damit setzen wir zugleich das Wind-an-Land-Gesetz des Bundes um.

Im Frühjahr nächsten Jahres werden wir einen ausformulierten LEP-Änderungstext vorlegen und die Menschen in unserem Land beteiligen. Bei den sechs Planungsregionen werden wir dafür werben, das Wind-an-Land-Gesetz ihrerseits parallel in den Regionalplänen umzusetzen. Diese Parallelität ergibt sich aus den engen Fristen des Bundesgesetzes. Da wir in Nordrhein-Westfalen dringend Flächen für die Energiewende brauchen, halten wir dieses Vorgehen aber auch für geboten.

Photovoltaik

Die bundesseitig vorgenommenen Maßnahmen für den Ausbau der Photovoltaik begrüßen wir ausdrücklich. Dazu gehört, dass im Bereich der Dachflächen-PV unter anderem höhere Fördersätze beschlossen wurden, eine PV-Pflicht für neue Gewerbegebäude vorgesehen ist und das Segment der Volleinspeiseanlagen geschaffen wurde. Letzteres dient dazu, das Dachflächenpotenzial besser auszunutzen. Im Segment der Freiflächenanlagen wurde darüber hinaus die Flächenkulisse und damit die Fördermöglichkeit für PV-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Schienenwegen von 200 Meter auf 500 Meter erweitert.

Ergänzend dazu wird die Landesregierung im Dachflächen-Segment gestaffelt mit verschiedenen Fristen eine weitreichende PV-Pflicht einführen, sowohl für den Gewerbebereich wie für den Privatbereich, sowohl für den Bestand bei umfassenden Dachsanierungen wie auch für neue Gebäude. Natürlich werden wir Landesliegenschaften ebenfalls zur Solarenergiegewinnung nutzen.

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen auch die Freiflächen-Photovoltaik deutlicher voranbringen. Daher haben wir jetzt die Länderöffnungsklausel des Erneuerbaren-Energien-Gesetz genutzt, um die Flächenkulisse

für die Förderung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in NRW auszuweiten. Die erweiterte Fördermöglichkeit kann nun bereits bei der nächsten Ausschreibung im November genutzt werden.

Der nächste Schritt besteht darin, die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen für Freiflächen-PV in NRW zu verbessern. Bereits im Herbst werden wir einen LEP-Erlass veröffentlichen, um den bestehenden Spielraum innerhalb des aktuell gültigen Landesentwicklungsplans bestmöglich zu nutzen. Parallel hierzu ist das LEP-Änderungsverfahren angelaufen, wozu wir als Landesregierung bereits Eckpunkte beschlossen haben, mit dem Ziel den Ausbau der Erneuerbaren Energien umfassend zu ermöglichen.

Zudem haben wir als Landesregierung bereits die im Koalitionsvertrag vereinbarte Verordnung beschlossen, damit Photovoltaikanlagen auf benachteiligten Flächen auch in NRW möglich werden. Zudem haben wir uns darauf verständigt, dass diese Anlagen entlang von Straßen und Schienenwegen möglich sein werden. Der Ausbau von „Agri-PV“ und „Floating-PV“, also die Mehrfachnutzung von Flächen für Freiflächen-PV und andere Freiraumnutzungen, wird im Rahmen der LEP-Änderung darüber hinaus begünstigt.

Windenergie

Der Ausbau der Windenergie ist zuletzt bundesweit stark ins Stocken geraten. Die kürzlich beschlossene EEG-Novelle sieht vor, die installierte Leistung der Windenergie bis 2030 auf 115 Gigawatt installierte Leistung zu verdoppeln. Nordrhein-Westfalen wird seinen Beitrag zu diesem ambitionierten Ziel leisten, indem wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in den kommenden fünf Jahren mindestens 1.000 zusätzliche Windenergieanlagen in unserem Land entstehen.

Dafür ist es dringend erforderlich, mehr Fläche bereitzustellen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Nordrhein-Westfalen muss bis Ende 2027 1,1 Prozent und bis Ende 2032 1,8 Prozent der Landesfläche für die Windenergienutzung ausgewiesen haben.

Unser Ziel ist es, die Vorgaben bereits deutlich vor den gesetzten Fristen zu erreichen. Dafür werden wir:

- mit der Ausweisung der neuen Flächen für die Windenergie die noch bestehende 1000 Meter-Abstandsregelung abschaffen.
- mit einem LEP-Auslegungserlass die Nutzung von Kalamitätsflächen in Waldgebieten noch in diesem Herbst erleichtern und so schnell wie möglich den Landesentwicklungsplan ändern.
- die vorliegende detaillierte Flächenverfügbarkeits-Untersuchung durch das LANUV als Grundlage für die Änderung des LEP weiterentwickeln.
- mit einer Vergabeoffensive landeseigene Flächen für die Windenergienutzung freigeben und Windenergie in Gewerbe- und Industriegebieten und entlang von Verkehrswegen erleichtern.

Neben einer ausreichenden Flächenverfügbarkeit ist die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren entscheidend. Wenn wir nicht deutlich schneller werden, sind die Ausbauziele kaum zu erreichen. Um hier entscheidend voran zu kommen, setzen wir mit den zuständigen Ressorts eine Task Force zur Ausbaubeschleunigung ein, die zunächst auf Landesebene Hemmnisse identifizieren und Empfehlungen für Maßnahmen vorlegen wird. Zudem wollen wir in Richtung Bund agieren, um die Genehmigungsverfahren auf nationaler und europäischer Ebene windenergiefördernd zu erleichtern, zu standardisieren, zu verkürzen und verpflichtend zu digitalisieren.

Der Ausbau der Windenergie ist in der Vergangenheit mit starker Polarisierung diskutiert worden. Wir wollen diese Polarisierung zugunsten eines vernünftigen Konfliktmanagements reduzieren. Wir trauen uns als Landesregierung zu, diese Konflikte zu moderieren, abzumildern und zu lösen. Dabei setzen wir auf transparente und dialogische Verfahren und eine finanzielle Beteiligung der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Verantwortung für die Energiewende übernehmenden Kommunen.

Energieinfrastruktur

Die zentrale Aufgabe der Zukunft besteht darin, ein Klimaneutralitätsnetz zu entwickeln. Wir arbeiten bereits an einem Beitrag für eine stärker integrierte und vorausschauende Bedarfsermittlung über alle Sektoren und Netzebenen und der Entwicklung eines landeseigenen Konzeptes gemeinsam mit unterschiedlichen Netzbetreibern im Land.

Dabei werden wir die Aspekte Verfahrensbeschleunigung, insbesondere die weitgehende Digitalisierung von Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren sowie die Frage ausreichenden Personals bei den Regionalplanungs- und Planfeststellungsbehörden adressieren.

Als Industriestandort und Bundesland mit dem höchsten Strombedarf haben wir ein besonderes Interesse daran, möglichst viel Strom zu erhalten. Deshalb freut es uns besonders, dass wir seit diesem Jahr offiziell Offshore-Windenergieland sind. So hat die Bundesnetzagentur bereits Anfang des Jahres im Netzentwicklungsplan Strom bestätigt, dass vier Offshore-Anbindungsleitungen nach Nordrhein-Westfalen mit einer Gesamtleistung von 8 Gigawatt direkt zu Netzverknüpfungspunkten in Nordrhein-Westfalen führen. Perspektivisch gehen wir davon aus, dass weitere Offshore-Anbindungsleitungen von der Bundesnetzagentur bestätigt werden.

Der Aufbau einer auf Erzeugungs- und Verbrauchsorte abgestimmten Wasserstoffinfrastruktur mit Wasserstoffnetz und Wasserstoffspeichern ist nicht nur Voraussetzung für den Einsatz von Back-Up-Kraftwerken, sondern ebenfalls für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Gerade für die Erdgasnetze kann sich hierdurch eine Zukunftsperspektive ergeben, wenn bestehende Infrastruktur auf den Transport von Wasserstoff umgestellt werden kann.

Für eine klimaneutrale Energieversorgung ist entscheidend, dass die Wärmeinfrastrukturen aus- und klimafreundlich umgebaut werden. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Nah- und Fernwärme. Neben der Einbindung erneuerbarer Energiequellen kommt der Nutzung industrieller Abwärme eine wichtige Bedeutung zu.

Mit dem Ausbau regenerativer Energieerzeugungsanlagen und der Stilllegung konventioneller Anlagen zur Energiewandlung steigt der Energiespeicherbedarf im Energieversorgungssystem rasant an. Nur durch Speicher können Energieproduktion und Energienutzung voneinander entkoppelt werden und so zur Flexibilisierung der Bereitstellung und Nutzung von Energie im Gesamtsystem beitragen. Energiespeicher sind damit ein Schlüsselement im Energiesystem der Zukunft. Wir werden daher eine Energiespeicherstrategie entwickeln.

3. Klimaschutz

Klimapolitischer Aufbruch

Die Energiewende ist Teil der Jahrhundertaufgabe, die wir vor uns haben. Beim Klimaschutz geht es aber um mehr – wir sprechen von einer Transformation, die alle Bereiche der Gesellschaft umfasst und nahezu alles ändern wird: Die Art, wie wir produzieren und konsumieren. Die Art, wie wir uns fortbewegen, wie wir wohnen, arbeiten und leben.

Das bedeutet, dass alle relevanten Politikbereiche und damit die Ressorts, die für die relevanten CO₂-ausstoßenden Sektoren zuständig sind, ihren Beitrag leisten. Das bedeutet allen voran, dass wir die Verbindlichkeit innerhalb der Landesregierung, einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, erhöhen werden. Wir werden uns alle verstärkt selbst in die Pflicht nehmen und dazu

- ein wirksames Klimaschutz-Monitoring zur Überprüfung der Zielerreichung etablieren
- einen Klima-Check für alle bestehenden und neuen Förderprogramme einführen
- ein Klima-Tracking aufbauen, welches den Landeshaushalt in den Blick nimmt.

Zwei wesentliche erste Bausteine unseres klimapolitischen Aufbruchs sind das Klimaschutzgesetz und das Klimaschutz-Sofortprogramm: Mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes für Nordrhein-Westfalen werden wir dem Landtag nächstes Jahr einen Entwurf vorlegen, der die Grundlage für einen ambitionierten, schlagkräftigen und wirksamen Klimaschutz in unserem Land bildet. Denn klar ist: Wir wollen und müssen unsere klimapolitischen Ambitionen steigern, denn wir müssen bis 2030 in allen Sektoren signifikante Emissionsreduktionen erzielen. Um auch für Nordrhein-Westfalen so schnell wie möglich entlang des 1,5-Grad-Ziels Klimaneutralität mit Netto-Null-Emissionen zu erreichen, werden wir das Klimaschutzziel für 2030 anheben.

Mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm werden wir Anfang nächsten Jahres ein erstes ressortübergreifend geschnürtes Paket vorlegen. Mit substantziellen Maßnahmen aus den Bereichen Energie, Wirtschaft, Industrie, Wärme, Kommunen, Mobilität und Verbraucherschutz ist dieses Sofortprogramm als Auftakt für weitere klimapolitische Maßnahmen über die gesamte Legislaturperiode hinweg zu verstehen.

Die Förderung von innovativen Technologien, die zum Klimaschutz beitragen, werden wir unter der bekannten „Marke“ progres.nrw weiterführen und ausbauen. Unter dem Dach von progres.nrw finden sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen und Kommunen eine Reihe von Angeboten, die bei der Umsetzung der Energiewende zu Hause, in den Betrieben sowie in unseren Städten und Gemeinden unterstützen. So fördern wir mit progres.nrw – Klimaschutztechnik verschiedene Technologien für die klimafreundliche Erzeugung von Wärme, mit progres.nrw – Wärme- und Kältenetze den Aus- und Umbau der Fernwärme hin zu einer klimaneutralen Wärmeinfrastruktur, insbesondere in urbanen Räumen. Seit Beginn dieses Jahres wurden im Programmbereich Klimaschutztechnik fast 29.000 Zuwendungsbescheide und einem Volumen von 73,4 Mio. Euro bewilligt (Stand: 31.08.2022). Im Programmbereich „Emissionsarme Mobilität“ insbesondere den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge.

Mit dem Programmbereich progres.nrw – Research unterstützen wir Wissenschaft und Forschung dabei, Ihre Ideen noch schneller in innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen für ein CO₂-armes Energiesystem und eine klimaneutrale Industrie zu überführen. Mit progres.nrw – Innovation fördern wir unter anderem anwendungsorientierte Vorhaben der industriellen Forschung und experimentellen Entwicklung, die dem Ziel dienen, ein klimaneutrales Energiesystem und eine klimaneutrale Produktion zu etablieren.

Kommunaler Klimaschutz

Unsere Kommunen sind zentrale Akteure bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Wir wollen sie daher in den kommenden Jahren

deutlich stärker bei ihren Klimaschutzaktivitäten unterstützen und werden ihnen hierfür auch deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen.

Die bestehende Billigkeitsrichtlinie für die Kommunen haben wir bereits verlängert. Mit zusätzlichen 40 Millionen Euro können die Kommunen kurzfristig Investitionen in den Klimaschutz tätigen, die aufgrund der Corona-Pandemie ausgeblieben sind.

Darüber hinaus werden wir ein auf 20 Jahre angelegtes Investitionsprogramm in Höhe von 300 Millionen Euro jährlich für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen schaffen. Damit bieten wir den Kommunen ein längerfristiges, berechenbares Unterstützungsangebot.

Wir bieten den Kommunen zudem Unterstützung an, indem wir die regionale Präsenz unserer Landesgesellschaft NRW.Energy4climate stärken. Gleichzeitig werden wir die Kommunen aber auch stärker in die Pflicht nehmen, zum Beispiel beim Thema kommunale Wärmeplanung.

Wärmewende

Rund 55 % der Endenergie wird für die Wärmeversorgung in Deutschland eingesetzt. Dreiviertel der Heizungen in Nordrhein-Westfalen werden mit Erdgas oder Öl betrieben. Aus Klimaschutzgründen, aber auch vor dem Hintergrund der aktuellen Gassituation ist daher klar, dass die Transformation hin zu erneuerbarer Wärme schnell gelingen muss, aber auch eine sehr große Herausforderung darstellt.

Ein wichtiges Instrument ist die kommunale Wärmeplanung. Hier werden wir 2023 Entwürfe vorlegen, um die Voraussetzungen für die Umsetzung zu schaffen. Gemäß den Vorhaben des Bundes sollen die Kom-

munen ab 2023 auch in NRW dazu verpflichtet werden, einen kommunalen Wärmeplan als Planungsinstrument zur langfristigen Gestaltung der Wärmeversorgung zu erstellen. Dabei lassen wir die Kommunen nicht allein. Sie können auf umfangreiche Vorarbeiten des LANUV zurückgreifen: auf Potenzialanalysen zum Aus- um Umbau einer klimaneutralen Wärmeinfrastruktur, erneuerbaren und klimafreundlicher Wärme wie auch auf das Wärmekataster NRW. Viele Kommunen und Stadtwerke stehen in den Startlöchern, um mit der Wärmeplanung zu beginnen.

Eines der zentralen Themen der Wärmewende ist die Geothermie. Wir werden einen Masterplan Geothermie erstellen, der Ziele und Meilensteine sowie Maßnahmen für die Erschließung von oberflächennaher, mitteltiefer und tiefer Geothermie definiert. Dazu gehört natürlich auch, dass wir den Ausbau von Wärmepumpen beschleunigen und die Kenntnis über die geothermischen Potenziale des Untergrundes weiter verbessern.

Unsere Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate wird die Kräfte und Kompetenzen für die erforderliche Beschleunigung der Wärmewende in NRW im „Kompetenzzentrum Wärme“ bündeln.

Klimaneutrale Antriebe und Kraftstoffe

Wasserstoff ist nicht nur für die industrielle Transformation entscheidend, sondern auch für den Bereich des schweren Straßengüter- und Personenverkehrs vom Binnenschiff über den LKW bis zum ÖPNV-Bus. Denn hier gibt es noch zu unzureichende Alternativen zum fossilen Verbrennungsmotor für Einsätze mit langen Lauf- und Betriebszeiten (24/7). Im Rahmen der gemeinsamen Beschaffungs-Initiative HyTrucks.NRW haben wir aktuell Interessensbekundungen für über 600 LKW und etwa 70 H₂-Tankstellen erhalten – die ursprünglich gesteckten Ziele würden

damit deutlich übertroffen. Die Kommunen und Branchen unterstützen wir hier mit einem breiten Informationsangebot bei der Antriebswende. Wir wollen die Automobilindustrie bei der Erschließung weiterer Zukunftsmärkte unterstützen. Beispielsweise unterstützen wir gemeinsam mit dem Bund das Zentrum für Brennstoffzellentechnik (ZBT) in Duisburg und die RWTH in Aachen bei der Gründung und Aufbau eines Technologie- und Innovationszentrums Wasserstoff (TrHy) in Duisburg mit maximal 122 Mio. Euro. Es soll im nächsten Jahr starten.

Mit Blick auf batterieelektrische LKW, die in bestimmten Bereichen effizienter zu betreiben sind als Wasserstoff-betriebene LKW, werden wir uns für den Aufbau von LKW-Ladestationen mit hohen Ladeleistungen und die zügige Normierung dieser Systeme einsetzen. Dies tun wir natürlich ebenso für den PKW-Bereich. Denn neben der Verfügbarkeit von Fahrzeugen ist vor allem eine bedarfsgerechte und nutzerfreundliche Lade- und Tankinfrastruktur zentral, wenn wir die klimagerechte Umstellung von Antriebsarten als einen weiteren Hebel zur Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor ansehen – neben der Verkehrsvermeidung und -verlagerung.

Nachdem sich private Wallboxen mittlerweile im Markt etabliert haben, werden wir nun vermehrt Angebote für diejenigen schaffen, die kein Wohneigentum besitzen. Wir werden den Aufbau von Ladeinfrastruktur an alltäglichen Aufenthaltsorten unterstützen: z.B. an der Arbeitsstelle, an Mietwohnungen, auf Parkflächen des Einzelhandels, in Wohnquartieren, aber auch an Ladeparks. Dazu werden wir u.a. bestehende Förderinstrumente weiterentwickeln. So werden wir im nächsten Jahr neue Förderaufrufe zum Aufbau von Schnellladepunkten starten.

Mit Blick auf die Netzstabilität werden wir daran arbeiten, den Ausbaubedarf der Verteilnetze zu minimieren und die Fahrzeugbatterien zur

Stabilisierung der Stromnetze zu nutzen. Entsprechend werden wir Konzepte zum Lademanagement und das bidirektionale Laden vorantreiben.

Angewandte Forschung für den Klimaschutz

Bereits heute können wir mit den vorhandenen Technologien schon viel für den Klimaschutz leisten. Zahlreiche Technologien stehen zum Einsatz bereit. Aber für eine vollständig klimaneutrale Gesellschaft und ein klimaneutrales Nordrhein-Westfalen brauchen wir weitere Innovationen, insbesondere im Bereich der Industrieprozesse und des Energiesystems. Daher wollen wir die Förderung von Projekten im Bereich der anwendungsorientierten Energieforschung intensivieren mit dem Ziel, Investitionen in klimaneutrale Technologien auszulösen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Förderverfahren beschleunigen und vereinfachen. Die Programme des European Green Deal für Investitionen in wirksamen Klimaschutz wollen wir konsequent für Nordrhein-Westfalen nutzen.

Vor diesem Hintergrund werden wir auch im Rahmen der europäischen Partnerschaft „Clean Energy Transition Partnership“ innovative und grenzüberschreitende Projekte fördern, etwa aus den Themenbereichen Speicher, Netze, klimaneutrales Heizen und Kühlen oder im Bereich der klimaneutralen Industrie.

NRW.Energy4Climate (E4C)

Die am 1. Januar 2022 an den Start gegangene NRW.Energy4Climate unterstützt als Landesgesellschaft für Klimaschutz und Energie bei der konkreten Umsetzung unserer ambitionierten Ziele beim Klimaschutz.

Unter anderem ermittelt E4C hierfür die benötigten Innovationen, Rahmenbedingungen, sowie den Investitions- und Förderbedarf und initiiert Pilotprojekte. Konkret unterstützt E4C beispielsweise das länderübergreifende Leuchtturmprojekt RH2INE, das die Wasserstoffmobilität in der Binnenschifffahrt von Rotterdam bis Nordrhein-Westfalen einführt, oder das Projekt IN4climate.RR. Durch dieses soll das Rheinische Revier bei Erhaltung seiner Wettbewerbsfähigkeit zur Modellregion für eine klimaneutrale Industrie werden. Solche Projekte sind vor allem jetzt wichtiger denn je, um Klimaschutz und Energiewende noch stärker in die Umsetzung zu bringen. Deshalb wollen wir NRW.Energy4Climate personell und finanziell weiter ausbauen.

Klimaneutrale Landesverwaltung

Bis 2030 gestalten wir die 541 Landesbehörden, Einrichtungen des Landes, Sondervermögen, Landesbetriebe und Organe der Rechtspflege klimaneutral. Neben den beschlossenen ambitionierten Gebäudestandards für die von der Landesverwaltung genutzten Liegenschaften und dem Ausrollen der Elektromobilität in der Landesverwaltung, werden wir auch das Thema Nutzersensibilisierung voranbringen. Zahlreiche Behörden haben bereits ihr Interesse bekundet, die Mitarbeitenden in den Dienststellen für die Themen Energieeinsparung und Klimaschutz systematisch zu gewinnen. Wir setzen derzeit ein Berichtswesen auf und schaffen damit die Voraussetzung für eine passgenaue Strategieentwicklung für das Ziel der Klimaneutralität. Wir werden regelmäßig überprüfen, ob wir durch unsere Maßnahmen die erforderlichen CO₂-Minderungen erreicht haben.

4. Transformation: Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Bündnis für Transformation

Um die verschiedenen Perspektiven der Transformation hinsichtlich der Herausforderungen und Bedarfe zu berücksichtigen sowie einen breiten Konsens und Rückhalt zu schaffen, wollen wir ein Bündnis für Transformation etablieren, das einen partizipativen Transformationsdialog ermöglicht.

Klimaneutrale Industrieregion

Wir wollen Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas machen. Damit dies gelingt, werden wir einen Industriepakt für Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit aufsetzen, der den Auftakt für die Erarbeitung einer Roadmap darstellt und die Transformation der nordrhein-westfälischen Industrie von kleinem bis großem Unternehmen unterstützt und beschleunigt.

Nordrhein-Westfalen ist einer der bedeutendsten Stahl- und Chemiestandorte. Abgesehen von der Vielzahl großer Industrieunternehmen mit internationaler Strahlkraft stellt aber gerade auch der produzierende Mittelstand eine tragende Säule unserer Wirtschaft dar. Vor allem für letztere stellt sich im Zuge der Transformation insbesondere vor dem Hintergrund der Energiekrise nicht die Frage danach, ob ein Standort in Nordrhein-Westfalen temporär rote oder schwarze Zahlen schreibt, sondern, ob das gesamte Unternehmen fortbestehen kann. Das mittelständische produzierende Gewerbe und Handwerk werden wir daher mit einer neuen Förderrichtlinie ganz gezielt dabei unterstützen, Investitionen zu tätigen, die die Entstehung und Freisetzung von energie- oder prozessbedingten Treibhausgasen in Produktionsprozessen verringern bzw. verhindern – auch durch den Einsatz von Wasserstoff (H₂KMU).

Trotz Wasserstoffeinsatz und Elektrifizierung wird die Industrie weiterhin auf Kohlenstoff als Rohstoff angewiesen sein. Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen und die Rohstoffbasis der Industrie nachhaltig zu sichern, werden wir auch die Carbon Management Strategie NRW weiterentwickeln.

Mit dem Green Deal als zentraler Wachstumsstrategie hat die Europäische Union ihre Vision für eine klimaneutrale und nachhaltige Wirtschaft bis 2050 vorgelegt. Die Landesregierung wird sich aktiv dafür einsetzen, dass der von der Europäischen Union gesteckte Rahmen so ausgestaltet ist, dass die Transformation der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen bestmöglich gelingt. So früh wie möglich werden wir auf relevante EU-Initiativen im Sinne Nordrhein-Westfalens und einer gelingenden Transformation unseres Industrielandes Einfluss nehmen. Unsere erfolgreiche Initiative IN4climate.NRW wird diesen Prozess in Richtung Klimaneutralität weiter begleiten. Wir als Landesregierung werden die Unternehmen auch weiterhin bei der Etablierung klimaneutraler Produktionsweisen unterstützen – nicht nur finanziell, sondern auch durch die richtigen Rahmenbedingungen und durch die Verfügbarkeit Erneuerbarer Energien, Wasserstoff und anderer erneuerbarer Energieträger.

Das Industriepolitische Leitbild werden wir weiterentwickeln. Damit wollen wir die Kompetenz und die Motivation der beteiligten Akteure aus Wirtschaft und Sozialpartnern nutzen, um die Industrie in unserem Bundesland eingebettet in möglichst besten Rahmenbedingungen zukunftsfähig aufzustellen. Dieser aktiv ausgestaltete Zukunftsdialog wird dazu beitragen, unser ambitioniertes Ziel, Nordrhein-Westfalen als erste klimaneutrale Region in Europa zu verwirklichen, möglichst schnell zu erreichen.

Es ist eine Zukunftsfrage für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, inwiefern die Innovationen in den exportabhängigen Industriebranchen (beispielsweise der Automobilindustrie oder dem Maschinen- und Anlagenbau) hier in Nordrhein-Westfalen entwickelt, produziert und vermarktet werden. Dafür wollen wir den mit den Kompetenznetzen (beispielsweise [automotiveland.nrw](https://www.automotiveland.nrw.de) oder [ProduktionNRW](https://www.produktionnrw.de)) eingeschlagenen Weg der Transformation zielgerichtet begleiten. Wir werden die Unternehmen durch Innovationsförderung in Zukunftsfeldern wie Leichtbau, Digitalisierung, alternative Antriebe, Smarte Produktion sowie Vernetzung und neue Geschäftsmodelle technologieoffen unterstützen.

Die Landesregierung begleitet und unterstützt die Unternehmen bei den für die Transformation erforderlichen Umstellungen. Sie setzt sich daher auch dafür ein, dass die Chemikalienstrategie die wesentliche Rolle der Chemie bei der Verwirklichung der Klimaziele anerkennt und die verschiedenen Dimensionen des Green Deal – Klimaneutralität, Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz – ganzheitlich integriert und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit und Innovation im Dienste der strategischen Interessen Europas fördert. So soll erreicht werden, dass der Green Deal zu wirtschaftlichem Wachstum in Europa führt (und die Chemikalienstrategie nicht die Transformation behindert).

Wasserstoff

Wasserstoff ist ein Schlüsselbaustein auf dem Weg zur klimaneutralen Industrieregion. Die Versorgung der nordrhein-westfälischen Industrie mit grünem Wasserstoff und weiteren klimaneutralen Energieträgern wird im Zuge der Energiekrise eine noch drängendere Aufgabe als bisher. Ohne Wasserstoff können wir keine Klimaneutralität erreichen. Wir setzen alles daran, den Aufbau der Wasserstoffproduktion und Infra-

struktur in Nordrhein-Westfalen zu beschleunigen und damit die Sicherung unseres Industriestandorts zu ermöglichen. Um die Wasserstoffwirtschaft richtig ankurbeln zu können, sind für uns die Important Projects of Common European Interest (IPCEI) ganz zentral. Die sieben ausgewählten Leuchtturmvorhaben für Nordrhein-Westfalen müssen so schnell wie möglich mit einer Finanzierung durch Bund und Land in die Umsetzung gebracht werden. Neben dem Aufbau der erforderlichen Infrastruktur, gehören zu den IPCEI-Projekten auch großindustrielle Wasserstoffabnehmer aus der Industrie wie beispielsweise INEOS aber auch das Ausrollen der Elektrolyseurproduktion. Mit unseren Aktivitäten zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft sichern wir zukunftsfähige Arbeitsplätze: nicht nur in der Großindustrie, sondern auch bei KMU, im Anlagen- und Maschinenbau und bei anderen Playern der H₂-Wirtschaft.

Um unsere großen Wasserstoffbedarfe abdecken zu können, werden wir neben dem Ausbau der heimischen Wasserstofferzeugung auf Importe angewiesen sein. Hierfür werden wir starke und zukunftsweisende Partnerschaften mit europäischen und außereuropäischen Ländern aufbauen.

Zirkuläre Wertschöpfung

Für eine klimaneutrale und nachhaltige Zukunft ist der Wandel von einer linearen zu einer zirkulären Wirtschaft entscheidend. Wir leisten einen wichtigen Beitrag zur Klimaneutralität und zur Rohstoffunabhängigkeit, wenn wir die Werkstoffe so lange wie möglich im Wirtschaftskreislauf halten. Die Voraussetzungen dafür sind hervorragend, wie eine kürzlich vorgelegte Studie unter Federführung des Wuppertal Instituts gezeigt hat: Nordrhein-Westfalen verfügt wie kaum eine Industrieregion weltweit über die notwendigen Potenziale, durch zirkuläre Wertschöpfung sowohl

zum Klima- und Ressourcenschutz als auch zum Erhalt seiner wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit beizutragen. Wir wollen die Förderzüge für zirkuläre Verfahren, Produkte und Geschäftsmodelle stärken und zu einem Bestandteil der Industrie- und Rohstoffpolitik machen.

In unserem Land sind bereits zahlreiche Initiativen und Institutionen erfolgreich tätig, um die Zirkuläre Wertschöpfung vorantreiben, beispielsweise das Prosperkolleg in Bottrop oder das Circular Valley in Wuppertal. Sie versammeln sich am Runden Tisch Zirkuläre Wertschöpfung NRW, einer bundesweit einzigartigen Einrichtung, die Wirtschafts- und Umweltministerium gemeinsam ins Leben gerufen haben.

Batteriezellforschung und -recycling

Wir werden den Aufbau der Forschungsfertigung Batteriezelle Münster (FFB) mit aller Kraft vorantreiben. Noch in diesem Jahr kann der 1. Bauabschnitt mit einer Forschungs- und Produktionsfläche von rd. 3000 m² an die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), übergeben werden. Mit der FFB realisieren Bund und Land eines der aktuell anspruchsvollsten Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich der Batteriezellproduktion. Ziel ist es u. a. – streng anwendungsorientiert - in enger Kooperation mit der Industrie Batteriezellinnovationen produktionstechnisch zu ermöglichen. Das wiederum ist eine Voraussetzung für den Aufbau von Batterieproduktionen in Europa und damit ein Beitrag zur technologischen Souveränität.

Das Recycling von verbrauchten Batteriezellen wird eine der technologisch und wirtschaftlich zentralen Fragen der Energiewende. Nur wenn wir die in den Zellen enthaltenen Wertstoffe weitgehend zurückgewinnen und wiederverwerten können, können wir von einer ökologisch verantwortbaren Batteriezellproduktion sprechen. Deshalb wollen wir das Zentrum für zirkuläre Wertschöpfung Batteriezelle in Ibbenbüren

schnellstmöglich verwirklichen und sind dazu mit den Vorbereitungen auf der Zielgeraden.

Transformationsfinanzierung

Für das Gelingen der Transformation ist es wesentlich, dass wir die enormen Investitionen, die dafür notwendig sind, auch finanzieren können. Wir werden die einschlägigen Förder- und Finanzierungsprogramme wie z.B. EFRE/JTF, progres.nrw oder die der NRW.BANK einsetzen, um die notwendige finanzielle Unterstützung für die Transformation zu gewährleisten. Mit der landeseigenen NRW.BANK haben wir einen starken Partner, der uns bei den anstehenden struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben unterstützt. Deshalb werden wir die NRW.BANK zur nachhaltigsten und digitalsten Förderbank Deutschlands ausbauen. Das gibt uns die Möglichkeit, die anstehenden Transformationsprozesse zielgenau, bedarfsgerecht und effizient zu unterstützen.

Die Rolle der NRW.BANK soll erweitert werden, so dass sie als Bewilligungsbehörde zusätzliche Förderthemen übernehmen kann. Vor allem bei Investitionsvorhaben, die auf die Ziele Klimaschutz und CO₂-Einsparung einzahlen, werden wir mit der NRW.BANK neue Förderinstrumente etablieren und zusätzlich institutionelle Investoren einbinden. So werden die große Investitionsbereitschaft der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und der spürbare unternehmerische Wille zur energetischen Transformation passgenau unterstützt. Damit sind nicht nur zinsgünstige Darlehen gemeint, sondern auch die Kombination von Darlehen mit Zuschüssen oder Tilgungsnachlässen als Förderanreiz zum Erreichen von definierten Klimaschutzzielen.

Bei der Transformationsfinanzierung unterstützt auch die Finanzplatzinitiative Fin.Connect.NRW, die Betriebe, Kreditwirtschaft, Versicherungen

und andere Akteure zusammenbringt. Zur Stärkung von Fin.Connect.NRW und zur Beschleunigung der Transformationsfinanzierung sind wir auf der Basis konzeptioneller Überlegungen in konkreten Gesprächen mit unseren Kooperationspartnern aus der Wirtschaft. Die Mobilisierung vor allem auch von privatem Kapital von Banken, Fonds und Versicherungen für Energie- und Klimaschutzprojekte ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Klimaneutralität gelingt. Wir werden in Kürze die organisatorischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Fin.Connect.NRW noch bekannter und noch schlagkräftiger wird und sich zu einer echten Plattform für Investoren, die Finanzierung suchen, und für Kapitalgeber, die Anlagemöglichkeiten suchen, entwickeln kann.

Nachhaltige Beschaffung

Der Landeseinkauf soll weg von einem rein bedarfsdeckenden Ansatz hin zu einem strategischen Steuerungsinstrument fortentwickelt werden. Die aktuellen Herausforderungen des Klimaschutzes, der Energiewende, der Einhaltung sozialer Standards und der entsprechenden Transformation der Wirtschaft erfordern einen qualitativen Beitrag aus dem öffentlichen Einkauf. Für den Zuschlag darf vorrangig nicht mehr nur der Preis maßgeblich sein, die Entscheidung muss vielmehr auch anhand qualitativer Faktoren sowie der Kosten über den Lebenszyklus getroffen werden. Wir setzen bei der Fortentwicklung des Einkaufs bei den Bereichen der evidenzbasierten Weiterentwicklung, der Digitalisierung, der Fortbildung und des Rechtsschutzes an.

Landesentwicklungsplan

Zu einem nachhaltigen Wirtschaften und Leben gehört, vernünftig mit unseren begrenzten Flächen umzugehen. Gerade im dicht besiedelten

Nordrhein-Westfalen wollen wir weiterhin Flächen für die Landwirtschaft, aber auch für die Naherholung der Menschen vorhalten und unserer Natur Raum lassen, sich zu entfalten. Wir wollen den Flächenverbrauch auf 5 Hektar pro Tag und perspektivisch weiter reduzieren, ohne dabei den Bedarf an Wohnraum und Wirtschaftsflächen aus dem Blick zu verlieren.

Ein landesweites Siedlungsflächenmonitoring bleibt wichtig, um Transparenz zu schaffen über Baulandreserven einschließlich der Potenziale für eine Innenentwicklung. Die Reaktivierung von Brachflächen werden wir stärker als bisher in den Fokus nehmen – planerisch, aber auch in der Strukturförderung.

Darüber hinaus werden wir uns der Folgen des Klimawandels annehmen und beispielsweise die Risiken von Starkregen und Hochwasser abbilden und damit minimieren.

Rohstoffgewinnung ist für die Wirtschaft wichtig, vor Ort aber nicht selten auch belastend. Wir werden das Rohstoffmonitoring wissenschaftlich fundiert weiterentwickeln und den tatsächlichen Kies- und Sand-Bedarf ermitteln. Nur die dafür notwendigen Mengen sollen zukünftig abgebaut werden. So können wir wieder Akzeptanz für dieses schwierige Thema gewinnen.

Für all diese Themen planen wir ein zweites LEP-Änderungsverfahren, mit dem wir nächstes Jahr starten werden. Leitschnur ist eine nachhaltige Raumentwicklung für das klimaneutrale Industrieland Nordrhein-Westfalen. Perspektiven für die Menschen in allen Regionen, Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, Wohnraum und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen werden wir dafür zusammen denken.

5. Unterstützung für die Wirtschaft

Beschleunigung und Bürokratieabbau

Es ist politischer Konsens, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland zu komplex sind und zu lange dauern. Dadurch wird nicht nur die dringend notwendige Transformation zu einem klimaneutralen Wirtschaften unverträglich verzögert, auch Investitionen und Innovationen werden oft sehr langsam umgesetzt. Das können wir uns weder finanziell noch ökologisch länger leisten. Es stellt eine Gefahr für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit dar.

Es ist deshalb der klare Wille dieser Landesregierung, die Rahmenbedingungen für die Transformation und den klimaneutralen Umbau unserer Wirtschaft schnell und spürbar zu verbessern. Wir werden dazu die Planungs- und Genehmigungsverfahren standardisieren, vereinfachen, verkürzen, verpflichtend digitalisieren und soweit möglich automatisieren. Wir werden in den Bereichen Umweltrecht und Immissionsschutzrecht weitere Optimierungsmöglichkeiten klären.

Entscheidend sind auch klug gewählte Verfahrenszuständigkeiten. Dies gilt insbesondere für die Bündelungsbehörde Bezirksregierung. Es hat dort in den letzten fünf Jahren erste erfolgreiche Modellprojekte zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren gegeben. Unsere Bezirksregierungen haben in dieser Zeit verschiedene Methoden und technische Mittel getestet und wichtige Erfahrungen gesammelt. An diese Erfolge gilt es anzuknüpfen und sie in die Fläche zu bringen.

Darüber hinaus sind die Verfahren so zu gestalten, dass die Zeiten bis zur Genehmigungserteilung deutlich reduziert werden können. Die Genehmigungsbehörden werden wir dabei auch personell stärken. Zusätz-

lich gehen wir neue Wege, indem wir auch die Möglichkeit einer Beauftragung externer Ingenieurbüros zur passgenauen Unterstützung eröffnen werden.

Die Landesregierung wird sich darüber hinaus auch weiterhin für eine generelle Entlastung der Betriebe und Beschäftigten von unnötiger und unverhältnismäßiger Bürokratie einsetzen, etwa indem wir Bagatellgrenzen einführen bzw. nach oben anpassen, Statistikabfragen bündeln und das Prinzip der Änderungsmitteilung ausweiten. Berichtspflichten werden wir, wo möglich, mit einer zeitlichen Beschränkung versehen.

Regionale Wirtschaftsförderung

Als einen der ersten Projektauftrufe aus den Fördermitteln der Europäischen Union bringen wir im Herbst den Projektauftrag Regio.NRW-Transformation an den Start. Das Fördervolumen beträgt fast 50 Millionen Euro. Alle Regionen sind eingeladen, sich zu bewerben. Wir knüpfen an den heterogenen regionalen Ausgangslagen – auch an denen der ländlichen Räume – an und fördern maßgeschneidert. Wir ermöglichen Experimente der regionalen Zusammenarbeit von Kommunen und Wirtschaftsförderungen und knüpfen an schon erfolgreiche Formate an.

Darüber hinaus schafft das Regionale Wirtschaftsförderungsprogramm NRW Ausgleich, indem es kommunale, wirtschaftsnahe Infrastruktur und Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen unterstützt. 2022 hat sich das Fördergebiet in Nordrhein-Westfalen um acht Kreise erheblich erweitert.

In der neuen Förderphase bis 2027 wollen wir die EU-Strukturförderung nutzen, um die Transformation unseres Landes zu einem klimaneutralen Industrieland zu beschleunigen. Der neue EFRE ist der ökologischste EFRE seit Bestehen. Wir werden ihn nutzen, um die Ziele des European Green Deal in Nordrhein-Westfalen umzusetzen.

Mit dem neuen EFRE/JTF-Programm NRW werden vielfältige Maßnahmen gefördert. Noch stärker als bisher wollen wir die nordrhein-westfälische Wirtschaft und Wissenschaft durch forschungs- und gründerfreundliche Maßnahmen unterstützen. Wir setzen dabei auf die Förderung von Exzellenz mit einem ausdrücklichen Fokus auf Kooperation von Wissenschaft und Unternehmen. Sechs Innovationswettbewerbe stehen dabei im Mittelpunkt. Der Just Transition Fund (JTF) unterstützt gezielt in den Kohlerückzugsgebieten im Rheinischen Revier und im nördlichen Ruhrgebiet.

Förderzugang

Strukturförderung in Nordrhein-Westfalen fußt auf vielen Säulen. Sie speist sich aus unterschiedlichen Förderquellen – ob EU, Bund oder auch private Stiftungen. Aber die Adressaten müssen die Förderlandschaft überblicken können, wenn sie sie nutzen sollen. Sie muss transparent und niedrigschwellig sein. Wir werden für eine übersichtlichere und transparente Förderlandschaft sorgen. Mit analogen und digitalen Förderlotsen wollen wir die Programme für Unternehmen, Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern zugänglicher machen.

Die Landesregierung wird die Instrumente besser aufeinander abstimmen und die Zusammenarbeit der verantwortlichen Stellen intensivieren. Informationen werden gebündelt und an zentraler Stelle online, z.B. bei

der NRW.BANK, ressortübergreifend übersichtlich dargestellt. Beratungsangebote werden nach dem Grundsatz „Keine Förderung ohne Beratung“ ausgebaut.

Fachkräftemangel

Aufhalten können wir den demographischen Wandel nicht. Selbst unter optimistischen Annahmen nimmt das Angebot an qualifizierten Fachkräften bis 2030 deutschlandweit um rund 1,3 Millionen ab. Mit klugen Maßnahmen können wir die Folgen aber abmildern.

Als MWIKE sind wir Teil der Fachkräfteoffensive des Landes, die im September mit der Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe startet. Gemeinsam mit Unternehmern, Kammern, Gewerkschaften, Betriebsräten, Bildungsträgern und Kommunen wollen wir die Potenziale im Inland besser als bisher erschließen, qualifizieren und vermitteln – vor allem Frauen, Migrantinnen und Migranten, aber auch Menschen mit Behinderungen und ohne Abschluss wollen wir besser einbinden. Notwendig ist auch mehr Zuwanderung aus dem Ausland sowie der Ausbau von Automatisierung und Digitalisierung. Akademische und berufliche Bildung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Nicht zuletzt geht es um attraktive Rahmenbedingungen: Wer als Arbeitgeber gute Löhne und Arbeitszeitangebote macht, wird beim Wettbewerb um die Beschäftigten vorne liegen.

Unternehmensnachfolge

In den nächsten Jahren suchen in Nordrhein-Westfalen voraussichtlich 63.500 Unternehmen mit insgesamt 1,2 Millionen Beschäftigten eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger zur Weiterführung des Unternehmens. Mit einer aktuell in der Erarbeitung befindlichen umfangreichen

Untersuchung (in einem sogenannten „Customer Journey“) wollen wir ermitteln, welche Maßnahmen notwendig sind. Die Ergebnisse werden noch in diesem Jahr vorliegen.

Handwerk

Ein starkes Handwerk wird gebraucht für die Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele und auch für den Erhalt einer starken, mittelständischen Wirtschaft. Sowohl mit fachbezogenen und auch mit fachübergreifenden Projekten wie dem Innovationsdialog stärken wir die Transformation im Handwerk.

In der aktuellen Gas- und Energiekrise wird das Handwerk ein entscheidender Faktor zu ihrer Überwindung sein. Um den Weg in die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern zu schaffen, ist das Handwerk mit seinen gut ausgebildeten Fachkräften unverzichtbar, wenn wir bei der notwendigen Transformation hin zur Klimaneutralität besser werden wollen.

Handel und Innenstädte

Die Landesregierung unterstützt das Engagement der Branche mit verschiedenen Programmen und Ansätzen: dem Förderprogramm „Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken“, dem „NRW Digitalzuschuss Handel“ und dem Beratungsangebot der „Digitalcoaches Handel“ in Zusammenarbeit mit dem Handelsverband NRW.

Darüber hinaus wird die in Zeiten der Corona-Pandemie initiierte Landesinitiative „Zukunft. Innenstadt. Nordrhein-Westfalen“ fortgesetzt. Die Stärkung der Innenstädte und Zentren ist von wesentlicher Bedeutung, um die Lebensqualität in den Städten zu stärken. Auch die Ideen von

Jugendlichen und junger Menschen werden hierbei verstärkt berücksichtigt: Im Rahmen der Initiative „MAKERTHON“ entwickeln Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus zwölf Städten kreative Ideen für Ihre Städte. Einen weiteren Ansatz zur Stärkung der Städte bieten die verkaufsoffenen Sonntage. Wichtig ist es, dass unter den Beteiligten der Austausch verstärkt wird, um eine rechtssichere und bürokratiearme Durchführung von verkaufsoffenen Sonntagen zu ermöglichen.

Tourismus und Gastgewerbe

Tourismus und Gastgewerbe haben in den vergangenen Jahren erhebliche Einschnitte erlebt. Die Landesregierung wird mit zielgerichteten Maßnahmen auf diese Entwicklungen einwirken und ihren Beitrag leisten, die auftretenden Probleme zu lösen. Dazu zählen unter anderem ein Tourismus-Förderaufruf aus dem EFRE-Programm mit einem Investitionsvolumen von rund 120 Millionen Euro, die Weiterführung der „Digitalcoaches“ im Gastgewerbe und die Umsetzung des kürzlich vorgestellten Gutachtens „Tourismus und Klimawandel in NRW – Optionen und Perspektiven“, das konkrete Vorschläge beinhaltet, die nachhaltig wirken und zugleich positive ökonomische Effekte aufzeigen.

Logistik

Vor allem in Krisenzeiten ist es wichtig, Austausch und Vernetzung innerhalb der Logistikbranche zu unterstützen. Daher werden wir die Förderung des Kompetenznetzes Logistik.NRW fortsetzen. Inhaltlich sollen dabei zahlreiche Themen intensiviert werden (Cloud Computing, durchgängige Supply-Chain-Optimierung, neue Fahrzeugkonzepte und Antriebstechnik im Güterverkehr, „Grüne Logistik“ und resiliente Lieferketten etc.).

Darüber hinaus werden im Rahmen des EFRE-Wettbewerbs „Vernetzte Mobilität und Logistik“ geeignete Projekte identifiziert und gefördert. Ziel der Förderung ist es, technische Innovationen in der Logistikbranche anzustoßen und den Transport von Gütern effizienter, resilienter und vor allem nachhaltiger zu gestalten. Dazu werden Entwicklung und Anwendung von vernetzten, multimodalen und intermodalen Mobilitäts- und Logistikkonzepten gefördert.

Kreativwirtschaft

Die Kreativwirtschaft ist eine innovative Branche, die wir weiterhin unterstützen wollen, unter anderem über das Kompetenzzentrum CREATIVE.NRW als zentrale Anlaufstelle für die heterogene Kreativwirtschaft. Das Kompetenzzentrum vernetzt die verschiedenen Teilmärkte der Branche miteinander und schlägt die Brücke zwischen Kreativschaffenden auf der einen und Industrie, Mittelstand und Wissenschaft auf der anderen Seite. Die Innovationswettbewerbe im Rahmen des EFRE werden auch für Akteurinnen und Akteure der Kreativwirtschaft von Interesse sein.

6. Innovation

Innovationsökosystem

Für die erheblichen Herausforderungen, die mit der doppelten Transformation – dem Übergang zur digitalen Gesellschaft und der Entwicklung Richtung Klimaneutralität und Nachhaltigkeit – verbunden sind, ist das heute Mögliche nicht ausreichend. Innovationen machen Neues möglich und erweitern unsere Lösungspalette. Nordrhein-Westfalen hat ein starkes Innovationsökosystem, das wir weiter stärken wollen.

Ein wichtiger Schlüssel zur Umsetzung unserer ambitionierten Ziele zur Transformation ist die breit angelegte Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft. Nordrhein-Westfalen verfügt wie kaum ein anderer Wirtschaftsraum nicht nur über leistungsstarke Unternehmen, sondern auch über eine große Dichte an Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Der Auf- und Ausbau hoch innovativer Cluster – etwa nach dem bewährten Vorbild von it's OWL – kann Wirtschaft und Wissenschaft eng zueinander bringen. Wir brauchen konkrete Innovationsprojekte, Kompetenzzentren, Demonstratoren und Experimentierräume zur Entwicklung neuartiger Technologien, Produktionsprozesse und Logistiksysteme, um unsere ehrgeizigen Ziele nachhaltigen Wirtschaftens zu erreichen und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten und weiter zu steigern.

Für die Verzahnung zwischen den Akteuren des regionalen Innovationsökosystems (Industrie, Mittelstand, Wissenschaft und Weitere) hat das Land jüngst das Kompetenzzentrum NRW.innovativ geschaffen.

Reallabore sind ideale Instrumente, um digitale und nachhaltige Technologien zunächst in einem geschützten Umfeld auszuprobieren und sie bei Erfolg zeitnah im Großen auszurollen. Mit der Initiative Digi-Sandbox.NRW schafft Nordrhein-Westfalen mit einer einheitlichen Anlaufstelle für Reallabore, einem breiten Informationsangebot sowie Vernetzungsmöglichkeiten Rahmenbedingungen für die Transformation.

Schlüsseltechnologien

Ein wesentliches Werkzeug und unverzichtbarer Katalysator für die technologischen Innovationen, die einen wesentlichen Baustein der Transformation bilden, sind die „Key Enabling Technologies“ (KET).

Hierzu gehört beispielsweise der Bereich der Werkstoff- und Materialinnovationen, die nach EU-Angaben Grundlage für 70 Prozent aller technologischen Innovationen überhaupt sind, aber auch Hightech-Felder wie Photonik, Quantentechnologien, Nano- und Mikrotechnik, Informations- und Kommunikationstechnologien usw.

Die KET wollen wir weiter stärken und aufbauen, damit sie ihrer Rolle als zentraler Anker von Innovation gerecht werden können. Dazu wollen wir die Zusammenarbeit auf allen Ebenen der Wertschöpfungsketten stärken, insbesondere zwischen verschiedenen Unternehmen sowie zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Die Weiterentwicklung der Clusterpolitik spielt dabei eine wichtige Rolle, aus der dann Innovationsprojekte entwickelt werden, die sowohl die Detailfragen im Hightech-Bereich klären als auch die Brücke zwischen Technologie und konkreter Anwendung schlagen.

Beispielhaft für die Verbindung von Transformation in konkreten Branchen und Technologie ist die Luftfahrtwirtschaft zu nennen. Diese steht mit Blick auf das Ziel der Klimaneutralität vor großen Herausforderungen, die einer Neuerfindung des Fliegens gleichkommen. Dies erfordert die Verbindung zwischen KET und deren Anwendung, und das treiben wir beispielsweise mit dem Cluster AeroSpace und diversen Vorhaben unter anderem rund um den Forschungsflugplatz Merzbrück aktiv voran.

Bioökonomie

Eine wissensbasierte Bioökonomie ist ein zentrales Element der nachhaltigen Transformation, ohne die Klimaneutralität und eine krisensichere Versorgung der Bevölkerung nicht erreichbar sind. Nahezu alle Branchen werden in der Zukunft biobasierte Produkte und Verfahren in

Anwendung bringen, die auf biotechnologischer Forschung und Entwicklung der letzten Jahrzehnte beruhen. Die Biotechnologie ist eine Schlüsseltechnologie unseres Jahrhunderts.

Deswegen sollen biotechnologische Innovationen in allen für NRW wichtigen Zukunftsbranchen über die gesamte Kette von Unternehmensgründungen bis hin zu skalierbaren Produkten und Prototypen berücksichtigt werden. Unser Ziel ist die Schaffung eines herausragenden Bio-Innovationssystems mit einem Fokus auf der biomedizinischen und der industriellen Anwendung. Begonnen wurde dies bereits über die Förderwettbewerbe ZukunftBIO.NRW, die KMU bei der Entwicklung marktreifer biotechnologischer Produkte unterstützen. Ergänzend wirken die anlaufenden EFRE-Wettbewerbe im Innovationsfeld "Innovative Medizin, Gesundheit und Life Science".

Das Land strebt zur fachlichen Begleitung des Transformationsprozesses die Einrichtung eines Bioökonomierates und die Entwicklung einer Bioökonomie Strategie an. Wir wollen auch die letzten Schritte vor der Produktion für Startups und KMU in der Biomedizin und der biobasierten Industrie erleichtern, indem wir Infrastrukturen zur Skalierung aufbauen. Damit soll künftig vermehrt das Potenzial der innovativen Unternehmen in den Schlüsselbranchen der Bioökonomie, wie z.B. der Gesundheits-, Ernährungs- und Textilwirtschaft, ausgeschöpft werden.

7. Strukturwandel

Das Ende der Braunkohle

Das Kapitel Braunkohle in Nordrhein-Westfalen werden wir noch dieses Jahrzehnt endgültig beenden. Am Ziel des Kohleausstiegs bis zum Jahr

2030 halten wir fest. Alle Dörfer des dritten Umsiedlungsabschnitts werden wir erhalten.

Für den Kohleausstieg 2030 müssen die rechtlichen und finanziellen Grundlagen auf Bundesebene zügig angepasst werden. Wir brauchen dazu noch in diesem Jahr klare Aussagen. Dafür setzt sich Nordrhein-Westfalen bei der Bundesregierung ein.

Darauf aufbauend werden wir mit einer neuen Leitentscheidung zeitnah die Voraussetzungen für eine angepasste Braunkohlenplanung im Rheinischen Revier schaffen. Diese Leitentscheidung wird das letzte Kapitel für den Braunkohletagebau in Nordrhein-Westfalen bilden. Aktuell laufen Vorarbeiten: Die Landesregierung führt Gespräche mit RWE über einen Kohleausstieg 2030. Wir sprechen auch darüber, welche Tagebauflächen bis dahin noch genutzt werden und welche Eingriffe noch erfolgen müssen.

Rheinisches Revier

Wir wollen das Rheinische Revier zu einer europäischen Modellregion für den Green Deal entwickeln. Es soll Vorreiter und Ideengeber für den Klimaschutz weit über das Revier hinaus werden.

Wir werden die vorhandenen Kompetenzen bündeln und das Rheinische Revier zu einem Innovation Valley entwickeln, in dem Unternehmen und Wissenschaft optimale Rahmenbedingungen für ihre Innovations- und Transferaktivitäten vorfinden. Kern sind themenspezifische Innovations-Hubs als überregional sichtbare, räumlich verortete Knotenpunkte und Anlaufstellen.

Mit einer Internationalen Bau- und Technologieausstellung Rheinisches Revier (IBTA) werden wir ein Schaufenster für den Strukturwandelprozess im Rheinischen Revier schaffen.

Mit dem neuen Breitenförderprogramm der „Zukunftsgutscheine“ aus dem JTF werden wir als Landesregierung gemeinsam mit unseren Partnern im Rheinischen Revier und mit der Agentur für Arbeit ein umfassendes Angebot zur Unterstützung der Unternehmen schaffen, die aufgrund des Kohleausstiegs ihre Geschäftsmodelle verändern müssen.

Der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung soll als Chance wahrgenommen werden, eine besonders ambitionierte und vorbildhafte Gestaltung der Tagebaufolgelandschaften zu Zukunftsräumen umzusetzen. Dazu trägt in besonderem Maße die Beteiligung von Zivilgesellschaft und Bürgerschaft bei. Gleichzeitig braucht es eine weitere Beschleunigung und Flexibilisierung der Prozesse.

Ruhrgebiet

Das Auslaufen der Steinkohleverstromung im Ruhrgebiet begleiten wir mit dem 5-StandorteProgramm. Bis 2038 stehen hierfür 662 Millionen Euro zur Verfügung. Wir beschleunigen die Entscheidungsprozesse und die Bewilligungsverfahren im 5-StandorteProgramm, damit neue und innovative Arbeitsplätze in Duisburg, Gelsenkirchen, Herne, Hamm und im Kreis Unna zeitnah entstehen. Die fünf Standorte sollen Vorreiter der Transformation im ganzen Ruhrgebiet werden. Die Projekte müssen jetzt schnell an den Start gehen und Sichtbarkeit entfalten. Aber wir halten an Qualitätsstandards fest und setzen auf verlässliche rechtliche und finanzielle Bedingungen. Auch absehbare Baukostensteigerungen haben wir im Blick.

8. Digitalisierung

Wirtschafts-Service-Portal.NRW

Mit dem Wirtschafts-Service-Portal.NRW (WSP.NRW) hat Nordrhein-Westfalen ein zentrales digitales Zugangstor für die Wirtschaft geschaffen, welches bundesweit Standards setzt. Ende Oktober 2022 werden rund 400 Verwaltungsleistungen für die Wirtschaft digitalisiert verfügbar sein. Diese werden wir über den sogenannten „Einer-für-Alle“-Ansatz bundesweit und ebenenübergreifend für die Wirtschaft standardisiert bereitstellen. Hierdurch leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Schaffung eines Portalverbunds und zur flächendeckenden Verfügbarkeit von wirtschaftsbezogenen Verwaltungsleistungen.

Mit dem WSP.NRW als derzeit modernstem Landesportal in Deutschland stellen wir uns aktuell nicht nur dazu auf, die Vorreiterposition in der bundesweiten Digitalisierung auszubauen, sondern über Zukunftsprojekte im Bereich des Once-Only-Datenaustauschs in Europa und der Implementierung einer zentralen „Unternehmensplattform Deutschland“ gemeinsam mit Bayern, Baden-Württemberg und dem Bund auch Deutschland im Bereich der Digitalisierung in Europa neu zu positionieren.

Wir wollen das WSP.NRW von einem „One Stop Shop“, das heißt einer zentralen Stelle für alle Anliegen, zu einer „No Stop Agency“ ausbauen. Der Gedanke dahinter ist, dass die Behörde automatisch prüft, ob z.B. ein weitergehender Anspruch auf eine Leistung besteht, bzw. mit einem Antrag mehrere Leistungsanträge an die Verwaltung gebündelt werden. Dies würde beispielsweise zu einer erheblichen Beschleunigung des Gründungsprozesses führen, aber auch für die Verwaltung durch verstärkt automatisiert ablaufende Prozesse zu einer deutlichen Effizienzsteigerung führen.

Ebenso prüfen wir die weitergehende Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsgenehmigungsverfahren im WSP.NRW, um die Verfahren einfacher, schneller und rechtssicherer zu machen und haben gemeinsam mit weiteren Bundesländern und dem Bund die Verantwortung im Bereich der Registermodernisierung übernommen. Zudem bringen wir uns in die Verfahren zur Entwicklung einer dezentralen Verwaltungscld auf Bundesebene ein.

Breitbandausbau

Wir verfolgen das Ziel, bis 2030 flächendeckende Glasfasernetze zu schaffen. Das ist ambitioniert, denn Mitte dieses Jahres konnten erst 20 Prozent der Haushalte in Nordrhein-Westfalen auf solche Netze zugreifen. Möglichst schnell werden alle Schulstandorte mit Glasfaser versorgt.

Grundsätzlich bleibt der Glasfaserausbau Aufgabe des Marktes – und die Unternehmen haben erhebliche Investitionen angekündigt. Um gute Bedingungen dafür zu schaffen, wollen wir die Genehmigungsverfahren optimieren, die Akzeptanz für alternative Verlegemethoden erhöhen und eine Fachkräfteoffensive starten. Unsere Ziele sind nur gemeinsam mit den Netzbetreibern, den Kommunen und dem Bund umsetzbar.

Mobilfunk

NRW ist führender Mobilfunkstandort in Deutschland. Alle Netzbetreiber, die großen Funkturmgesellschaften und Netzwerkausrüster sind hier angesiedelt. Bis Ende des Jahrzehnts streben wir eine flächendeckende 5G-Versorgung in unserem Land an. Damit dies gelingt, stehen wir mit den Netzbetreibern in engem Austausch.

Gut die Hälfte aller Kreise und kreisfreien Städte hat die Förderung von Mobilfunk-Koordinatorinnen und -Koordinatoren beantragt. Diese wichtige Arbeit vor Ort werden wir auch langfristig sicherstellen. Die Rahmenbedingungen für den eigenwirtschaftlichen Ausbau wollen wir weiter verbessern.

Wir erwarten im Gegenzug aber auch gezielte und verbindliche Ausbaustrebungen der Mobilfunknetzbetreiber für eine flächendeckende LTE-Versorgung. Vor allem die weißen Flecken bei der LTE-Versorgung müssen endlich beseitigt werden.

Mit Blick auf 5G war und ist Nordrhein-Westfalen führend bei Ausbau und Forschungstransfer. Auch 6G als kommende Schlüsseltechnologie der digitalen Infrastruktur und -Vernetzung wollen wir aus Nordrhein-Westfalen heraus mitgestalten. Deswegen wollen wir in dieser Legislaturperiode 6G-Innovationen und -Testfelder unterstützen.

Digitale Sicherheit

Die digitale Transformation verlangt technologischen Fortschritt im Gleichklang mit Fortschritten und Investitionen in die Digitale Sicherheit. Nordrhein-Westfalen ist sowohl im Bereich der IT-Sicherheitswirtschaft, als auch im Forschungs- und Anwendungsbereich ein Schwergewicht im Thema der Digitalen Sicherheit. Wir wollen diesen starken Standort ausbauen und zugleich die Sicherheit unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen stärken. Anfang dieses Monats haben wir als MWIKE mit Spitzenvertreterinnen und -vertretern der Branchen- und Anwendungsverbände aus Nordrhein-Westfalen die Initiative „Wirtschaft.Digital.Sicher NRW“ gestartet. Gemeinsam wollen wir Ideen für mehr Cybersicherheit und Resilienz in der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen entwickeln. Die Ergebnisse dieses Prozesses sollen im Frühjahr 2023 vorliegen.

Cybersicherheit wird auch als Aufgabe für die Unternehmen immer wichtiger. Wir erweitern daher bereits ab Oktober das Programm „Mittelstand Innovativ & Digital“ (MID) um einen Baustein zur Digitalen Sicherheit.

Künstliche Intelligenz (KI)

Die Bedeutung Künstlicher Intelligenz wird weiter zunehmen. Wir werden deshalb die Fähigkeiten unserer Unternehmen beim Einsatz von sicherer KI stetig ausbauen und auch hier eine konsequente Zusammenarbeit mit den starken Forschungseinrichtungen im Land im Rahmen ganz konkreter, anwendungsorientierter High-Tech-Projekte fördern. Wir wissen, dass es bei den Unternehmen im Land ein überaus großes Interesse an der engen Zusammenarbeit mit der Forschung gibt.

Blockchain

Zur Transformation gehört auch Technologie. So fördern wir eine Reihe von Projekten mit dem Ziel, die Blockchain im industriellen Kontext nachhaltig in die Praxis zu bringen. Ein Anwendungsbeispiel hierfür ist eine smarte Euro-Palette, die Pakete selbständig verbucht und abrechnet. Zu bestaunen ist diese Euro-Palette in Dortmund beim Europäischen Blockchain Institut. Oder ein Projekt aus dem Blockchain Reallabor im Rheinischen Revier, bei dem zukünftig Reinigungszertifikate von Tanklastern digital in der Blockchain fälschungssicher abgelegt werden sollen. Weitere Anwendungsmöglichkeiten sehen wir z.B. bei der Umsetzung des Lieferkettengesetzes, bei digitalen Produktpässen für die Kreislaufwirtschaft oder bei der Verrechnung von Stromkosten im Zuge der E-Mobilität.

Die in jüngster Vergangenheit aufgetretenen Lieferengpässe im Bereich Halbleiter/Mikrochips haben zu erheblichen gesamtwirtschaftlichen Verwerfungen geführt, kaum eine Branche war nicht davon betroffen. Wir begrüßen daher das vom Bund initiierte Important Project of Common European Interest – IPCEI Mikroelektronik als wichtige Maßnahmen, entlang der gesamten Wertschöpfungskette Lücken in Deutschland und Europa zu schließen und die Technologieführerschaft zu erlangen. Die Landesregierung wird im Rahmen des Projektauftrags ausgewählte nordrhein-westfälische Unternehmen bei der Umsetzung ihrer Vorhaben unterstützen.

9. Gründungen und Startups

Startup-Initiativen

Ein Gründungs- und Startup Standort von internationalem Rang lässt sich nicht in wenigen Jahren entwickeln. Daher setzen wir auf den bisherigen Programmen auf und entwickeln diese konsequent weiter. Für die twin transformation sind Startups aufgrund ihrer Innovationskraft ein wichtiger Teil der Lösung.

Die zentralen Startup Initiativen – die Exzellenz Start-up Center, die DWNRW- Hubs, das Programm Scale-up.NRW, Start-up Transfer.NRW und das Gründerstipendium NRW – werden wir verstetigen und ausbauen. Die Förderung der sechs bestehenden Exzellenz Start-up Center werden wir verlängern und auf weitere Hochschulen ausweiten. Die DWNRW Hubs werden wir ab Oktober weiter fördern und auch langfristig verstetigen. Darüber hinaus werden wir die Hub-Landschaft erweitern

und einen landesweiten Hub-Verbund aufbauen. Wir werden einen Startup-Gutschein entwickeln, der Startups beim wichtigen Schritt der Entwicklung von Prototypen unterstützt. Die Hubs werden wir um Hub-Satelliten ergänzen, um die Vernetzung der regionalen Wirtschaftakteure mit Start-ups zu verbessern.

Mit Scale-up.NRW haben wir ein deutschlandweit einzigartiges Skalierungsprogramm, um Startups beim schnellen Wachstum und der Internationalisierung zu unterstützen. Unter einer Dachmarke werden wir verschiedene neue Programme zur Förderung der Internationalisierung unserer Startups starten. Wir fördern damit sowohl nordrhein-westfälische Startups bei der Erschließung neuer Märkte im Ausland, als auch internationale Startups bei der Ansiedlung in Nordrhein-Westfalen. Mit der Dachmarke wollen wir unser Startup-Ökosystem außerdem international sichtbar machen. Darüber hinaus werden wir eine internationale Gründungsmesse initiieren.

Das Potenzial für Unternehmensgründungen aus Fachhochschulen und Universitäten ist in Nordrhein-Westfalen längst nicht ausgeschöpft. Deshalb werden wir im Rahmen der neuen EFRE/JTF-Periode das bewährte Programm „Start-up Transfer.NRW“ fortsetzen. Dieses mit 45 Mio. Euro ausgestattete Förderprogramm unterstützt Hochschulabsolventinnen und –absolventen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei der zur Marktreife führenden Weiterentwicklung von Ideen, Technologien, Produkten und Dienstleistungen bis zur Gründung eines Unternehmens.

Das Gründerstipendium NRW werden wir gezielt ausbauen. Wir möchten insbesondere mehr Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund dazu ermutigen, ihre innovativen Geschäftsideen weiterzuentwickeln. Für die bessere Förderung von sozialen und ökologischen Gründungen und Innovationen entwickeln wir eine spezifische Strategie.

Wagniskapital

Wagniskapital ist ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung von innovativen Startups. In der Pre-Seed- und Seed-Phase sind insbesondere Business Angel unverzichtbare Partner für junge Unternehmen. Sie engagieren sich nicht nur finanziell mit ihrem Kapital, sondern bringen auch ihr Netzwerk und unternehmerisches Know-How ein. Studien zufolge gibt es in Nordrhein-Westfalen nicht weniger Business Angel als anderswo in Deutschland, doch finanzieren sie weniger Startups und investieren im Vergleich niedrigere Summen als im Bundesdurchschnitt. Hier möchten wir ansetzen und die Vernetzung und Syndizierung von Business Angels gezielt fördern. Dazu werden wir Matching-Veranstaltungen etablieren und Business Angel wie Familienunternehmen aktiv ansprechen. So sollen Startups mit Business Angels zusammenfinden und sich auch gegenseitig untereinander vernetzen.

10. NRW international

Außenwirtschaft

Die Außenwirtschaft ist ein entscheidender Baustein einer erfolgreichen nordrhein-westfälischen Wirtschaftspolitik – sie unterstützt die Unternehmen dabei, ihre Position auf den wichtigen Auslandsmärkten zu festigen und neue Absatzpotenziale zu erschließen. Für ausländische Direktinvestitionen ist die Attraktivität Nordrhein-Westfalens ungebrochen. Auch sie tragen erheblich zum Wachstum und zur Fortentwicklung des Wirtschaftsstandortes NRW bei.

Durch den gezielten internationalen Austausch, die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit weltweiten Innovationsregionen, die häufig Technologietreiber in strategisch wichtigen Zukunftsfeldern sind – wie zum

Beispiel die USA, Japan, Südkorea oder Indien – unterstützen wir die Transformation Nordrhein-Westfalens zum klimaneutralen Industriestandort.

Es bedarf einer internationalen Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen, um sich aus der Abhängigkeit einzelner Länder und schwieriger Partner zu lösen. Dies kann nur durch einen offenen, nachhaltigen und fairen internationalen Handel gelingen.

Wir werden im Bereich der Außenwirtschaftsförderung den veränderten geopolitischen und geoökonomischen Rahmenbedingungen und Herausforderungen gerecht werden und einen wesentlich stärkeren Fokus auf Energiesouveränität, diversifizierte Versorgung mit Rohstoffen, Wertschöpfungsketten, Nachhaltigkeit und Klimaschutz legen.

Gleichzeitig wollen wir im Rahmen einer Ansiedlungsstrategie den Standort Nordrhein-Westfalen nachhaltig entwickeln. Das setzt zunächst voraus, dass die Unternehmen selbst nachhaltig und innovativ sind bei Strom- und Wasserversorgung, Flächennutzung und dem ökologischen Footprint insgesamt. Die heimische Wirtschaft soll aber auch dadurch stärker und resilienter gemacht werden, dass wir bei Ansiedlungen stärker als bislang auf Unternehmensgegenstände setzen, die zur Lösung der weltweiten ökologischen Probleme beitragen – vom kleinen Startup bis zu großen industriellen Anlagen beispielsweise im Automobilsektor.

Internationale Partnerschaften

Die aktuellen Krisen zeigen ganz deutlich: Wir brauchen mehr Zusammenarbeit mit unseren Partnern, die unsere Vorstellung einer wertegeleiteten und auf friedliche Kooperation setzenden Weltgemeinschaft teilen. Wir wollen unsere Beziehungen zu unseren internationalen Partnern weiter pflegen und ausbauen.

An erster Stelle ist die Ukraine zu nennen, mit der wir auf regionaler Ebene eine Aufbaupartnerschaft anstreben. Das Land Nordrhein-Westfalen wird dabei helfen, die vom völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg zerstörten Teile der Ukraine aufzubauen.

Die Beziehungen zum Vereinigten Königreich spielen eine wichtige Rolle. Gut zweieinhalb Jahren nach dem Brexit bleibt das Vereinigte Königreich weiterhin einer der wichtigsten Partner Nordrhein-Westfalens. Gleichzeitig gilt aber, nicht nur den Handel weiter zu stärken, sondern auch die Beziehungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu dem Land zu vertiefen, mit dem wir im letzten Jahr das 75-jährige Bestehen Nordrhein-Westfalens gefeiert haben.

Selbstverständlich spielen die Niederlande, der Nachbar mit dem größten wirtschaftlichen Handelsvolumen, eine herausgehobene Rolle, insbesondere vor dem Hintergrund der Zusammenarbeit im Bereich Energie. In zunehmendem Maße betrifft dies auch Belgien, wohin es lange und gute Kontakte gibt, die Basis einer strategischen Weiterentwicklung sind. In diesem Kontext ist auch die europäische territoriale Zusammenarbeit verortet, die mit einem besonderen Schwerpunkt auf dem BeNeLux-Raum Kooperationsprojekte für ein intelligenteres, grüneres und sozialeres Europa umsetzt.

Wir wollen die internationale digitale Zusammenarbeit mit nordrhein-westfälischen Unternehmen fördern und weiterentwickeln. Die bereits bestehende digitale Plattform „NRW.Global.Connect“, deren erstes Partnerland Israel ist, soll um weitere Länder und Partnerregionen erweitert werden. Damit werden die außenwirtschaftlichen Beziehungen weiter gestärkt.

Wir werden unsere wirtschaftsbezogenen Stipendiatenprogramme zukunftsgerichtet modernisieren und zum Beispiel mit Blick auf Afrika auf neue Zielländer ausrichten.

Ebenso werden wir die Partnerschaft mit unserem langjährigen transatlantischen Wertepartner USA mit einem „NRW-USA Jahr“ gezielt vertiefen und die vertrauensvolle Partnerschaft zu Japan in Schwerpunktbereichen wie Erneuerbare Energien, Mittelstand und Startups weiter ausbauen.

Die gezielte internationale Fachkräfteanwerbung in den für unseren Wirtschaftsstandort relevanten und dringend benötigten Fachbereichen und Ausbildungsberufen wollen wir ressortübergreifend gemeinsam umsetzen.